

Antrag von Mitgliedern

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_nnen:

Friedhelm Frischenschlager, Gustav Gressel, Alexander Weyrosta, Douglas Hoyos, Roman Pable, Helga Pattart-Drexler, Silvia Nadjivan, Christoph Hofer, Lukas Sustala, Martina Bednar, Clemens Ableidinger, Fiona Fiedler, Christine Reiterer, Arabel Bernecker-Thiel, Karl-Arthur Arlamovsky?, Sophie Wotschke, Dominik Oberhofer, Niko Swatek, Lisa Ficzkó, Claudia Gamon, Dieter Feierabend, Anna Stürgh, Yannick Shetty, Christoph Wiederkehr, Beate Meinl-Reisinger, Markus Hofer, Sepp Schellhorn, Peter Berry, Helmut Brandstätter, Jonas von Einem, Felix Eypeltauer, Michael Sagmeister, Ines Holzegger, Sylvia Neuherz, Christoph Pramhofer, Birgit Obermüller, Janos Juvan, Thomas Jandl, Christoph Müller, Julian Fritsch, Jakob Dirnböck, Bettina Emmerling, Indra Collini, Fabienne Lackner, Henrike Brandstötter, Friedrich Grams, Gertraud Auinger-Oberzaucher, Lorenzo Friedl

Titel:

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa

Antragstext

1 **Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften**
2 **Europa – grundsätzliche Positionen zur**
3 **Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

4 **1. Zur Ausgangslage**

5 NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung und zum Multilateralismus

6 im Rahmen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen
7 Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen
8 Sicherheitssystem der UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit
9 und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist
10 eine internationale Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem
11 Recht des Stärkeren basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und
12 nationale Sicherheit zu gewährleisten sowie in einer geordneten, globalen
13 Struktur durch internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

14 Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne
15 Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie
16 die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer
17 Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die
18 Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich
19 daher zu einem gesamtheitlichen, gewaltpräventiven Zugang (Comprehensive
20 Approach), der militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche
21 Instrumente verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben als letztes Mittel
22 unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit und Frieden setzen zugleich Demokratie,
23 Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen
24 Zusammenhalt voraus.

25 Umfassende Sicherheit heißt für Österreich: Ein Leben in Frieden und nach
26 unseren Wertvorstellungen. Es gilt, Krieg von vornherein zu verhindern, auch
27 durch militärische Abschreckung. Glaubhafte Abschreckung entsteht nicht durch
28 Deklarationen, sondern durch militärische Stärke, die einem potenziellen
29 Angreifer von vornherein das Scheitern eines Krieges vor Augen führt. Der
30 Landesverteidigungsbericht 2026/27 hält hierzu fest: „Einzelstaaten können
31 diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen, daher ist eine europäische
32 Sicherheitslösung unerlässlich.“

33 Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist einzelstaatliche
34 Verteidigung daher schlicht nicht machbar. Friedenssicherung durch Abschreckung
35 ist folglich nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund möglich –
36 über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen
37 Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit europäischen
38 Partnerländern, wie im Fall von integrierter Luftverteidigung. Eine
39 bedrohungsgerechte, hochwertige militärische Landesverteidigung – eingebettet in
40 die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen
41 Union – ist dabei unerlässlich. Daraus folgt die Notwendigkeit, die eigene Lage
42 klar zu benennen und europäische wie transatlantische Optionen zur
43 Friedenssicherung realistisch einzuschätzen.

44 Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des Kalten
45 Krieges: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das
46 Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr.
47 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und
48 Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend
49 verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein vertrauenswürdiger
50 Bündnispartner mehr, auf dessen verlässlichen Schutz Europa bauen kann.
51 Washington fordert ausdrücklich, dass Europa sich konventionell verstärkt selbst
52 verteidigen müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische

53 Sicherheit dem Goodwill der USA.

54 Österreich ist heute nicht mehr Frontstaat zwischen NATO und Warschauer Pakt,
55 sondern NATO-EU-Binnenland. Ein isolierter konventioneller Angriff ist heute nur
56 im Rahmen einer umfassenden kriegerischen bzw. hybriden Konfliktsituation im
57 europäischen Rahmen denkbar. Österreichs Sicherheitsinteressen sind daher
58 untrennbar mit jenen Europas verbunden. Die Konsequenz: Nicht österreichische
59 Isolation, sondern die Bündelung europäischer Kapazitäten, um autonom
60 abschrecken zu können. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation
61 militärisch schwach bleibt, nachrichtendienstlich alleinsteht und sich aus
62 europäischen Verteidigungsstrukturen heraushält, begibt sich außerhalb des
63 einzigen wirksamen Sicherheitsrahmens für Österreich und seine Bürger:innen.
64 Neutralität schützt nicht. Sie beschreibt einen Rechtsstatus und kann jedenfalls
65 heute nicht mehr als Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dienen.

66 Durch die Volksabstimmung und den EU-Beitritt 1995 wurde die österreichische
67 Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und wesentlich
68 eingeschränkt. Österreich hat sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und
69 Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV
70 bekannt: Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union Beistand vor
71 Neutralität geht. Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat
72 schulden dem Angegriffenen alle EU-Mitglieder, also auch Österreich, Hilfe und
73 Unterstützung. Neutralität im Falle eines Angriffs auf einen EU-Partner wäre
74 keine Friedenspolitik, sondern Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden
75 politischen Konsequenzen für Österreich.

76 Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der
77 gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze,
78 sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre
79 Heimat und Europa zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer
80 Infrastruktur, die Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz
81 digitaler Systeme, die Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische
82 politische Bildung zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer
83 Sicherheitspolitik sein. Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie
84 gegen innere Polarisierung und Extremismus wehrhaft sein.

85 NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen
86 Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene
87 staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit
88 und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler
89 Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der
90 EU; fiel sie, rückte die Bedrohung auch an Österreich näher heran.

91 **2. Ziele und Aufgaben der österreichischen Sicherheits- und** 92 **Verteidigungspolitik**

93 Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen
94 der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um zum Frieden durch Abschreckung im
95 europäischen Verbund beitragen zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung,

96 ausreichende Finanzierung, Personal und volle Interoperabilität mit den
97 Streitkräften europäischer Partner. Österreich muss sich verstärkt an der
98 europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsplanung beteiligen,
99 weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Kräfte für eine
100 gemeinsame europäische Abschreckung bereitstellen. Es muss zu qualitativ und
101 quantitativ adäquaten Beiträgen für gemeinsame Missionen bereit und fähig sein.
102 Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen Landesverteidigung als auch zum
103 Schutz kritischer Infrastruktur, zur Cyberverteidigung und zur europäischen
104 Krisenvorsorge befähigt sein. Eine stärkere Einbindung in europäische
105 Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist hierfür unerlässlich.

106 Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss
107 Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne
108 strategischer Autonomie muss Europa wegfallende US-Beiträge an Truppen und
109 Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen. Das heißt konkret: einen
110 eigenständigen europäischen Flügel der NATO durch konsequente Interoperabilität
111 und Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der
112 Europäischen Union weiter zu stärken. NEOS treten für eine kontinuierliche
113 Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist
114 eine Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch entscheidungs- und
115 handlungsfähig ist, damit sie ihre Bürger:innen wirksam schützen und als
116 glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur internationale Verantwortung
117 übernehmen kann.

118 Österreich soll seinen Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft, insbesondere
119 aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nachkommen und diese nicht unter Berufung auf die
120 Neutralität anzweifeln. Die sogenannte „Irische Klausel“ macht den Beistand im
121 Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall militärisch wie
122 zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Beiträgen, Logistik, Medizin,
123 Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie Versorgung, Beschaffung
124 und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in jedem dieser Bereiche
125 beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich bereit gehalten werden.
126 Obwohl eigentlich selbstverständlich, muss Österreich unmissverständlich außer
127 Streit stellen, dass es die Durchfuhr militärischer Güter und Truppen
128 europäischer Partner im Beistandsfall nicht behindert.

129 Solange die im Vertrag über die Europäische Union (Artikel 42 Absatz 2 EUV)
130 angelegte Europäische Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es,
131 Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen
132 umzusetzen und zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und
133 ideologiefreie Debatte über seine Rolle im europäischen Verbund. Österreich
134 nimmt jedenfalls dort vollinhaltlich teil, wo europäische und partnerschaftliche
135 Verteidigung heute organisiert wird: in der Ständigen Strukturierten
136 Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), dem Europäischen
137 Verteidigungsfonds (EDF), dem European Defence Industry Programme (EDIP), der
138 European Sky Shield Initiative (ESSI), der Initiative für militärische Mobilität
139 sowie in Missionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden
140 (PfP).

141 3. Die Umsetzung der Ziele

142 Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches
143 Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

144 **3.1. Sofortige Maßnahmen**

145 **Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen**

146 Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits-, und
147 Verteidigungspolitik im europäischen Verbund und in diesem Zusammenhang über die
148 Neutralität ist unerlässlich. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am
149 Neutralitätsverständnis aus der Zeit des Kalten Krieges keine Basis für
150 Österreichs zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein kann und daher
151 in diesem Prozess zu überdenken ist. Es gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu
152 leisten, dass heute eine zeitgemäße solidarische Sicherheits- und
153 Verteidigungspolitik, die militärische, zivile, wirtschaftliche, technologische
154 und gesellschaftliche Sicherheit integriert, im Interesse Österreichs liegt. Das
155 setzt eine solidarische Rolle Österreichs innerhalb der europäischen
156 Sicherheitsarchitektur voraus.

157 **Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen**

158 Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im
159 jährlichen Risikobild identifizierten Erfordernisse anzupassen. Dazu gehören
160 insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der
161 Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine
162 zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie
163 eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

164 **Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen**

165 Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und
166 gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Als Good Practice
167 gilt insbesondere die vollständige Einbindung in die NATO-Partnerschaft für den
168 Frieden (PfP) zur Stärkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

169 **Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken**

170 Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky
171 Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung
172 sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten
173 neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst
174 Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern,
175 damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entstehen und der
176 eigene Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

177 **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten**

178 Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an den
179 Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen
180 nach Artikel 42 Absatz 7 EUV auszurichten. Österreichs Mitwirkung an der
181 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union,
182 an PESCO-Projekten, der Europäischen Verteidigungsagentur und weiteren
183 europäischen Kooperationsformaten, etwa den EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment
184 Capacities, RDC), ist zu intensivieren. Als solidarischer Partner schützt
185 Österreich seine Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und
186 Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen
187 Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military
188 Mobility Enhanced Response System).

189 **Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben**

190 Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten
191 abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie
192 stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen. Das heißt: Die
193 Rüstungsbeschaffung hat aufgrund gemeinsamer Planung zu erfolgen und – soweit
194 möglich und sinnvoll – europäische Produkte zu priorisieren. Aktuell erfolgt nur
195 ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung gemeinsam. Nationale
196 Alleingänge treiben Kosten in die Höhe und verhindern die dringend notwendige
197 Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig müssen EU-Mittel daher klar
198 an gemeinsame Beschaffung gebunden werden. Beschaffung im Rahmen europäischer
199 Kooperationen soll in Zukunft automatisch gesetzeskonform sein. Derzeit müssen
200 österreichische Partnerländer befürchten, dass sie an einem österreichischen
201 Weiterverkaufsverbot scheitern, was einen erheblichen Wettbewerbsverlust für die
202 österreichische Wirtschaft mit sich bringt. Das Kriegsmaterialgesetz ist hierfür
203 zu reformieren.

204 **Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken**

205 Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen
206 unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht
207 nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen
208 und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen
209 innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen,
210 etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage,
211 aber auch Gefährdungen österreichischer oder Partnerinteressen rechtzeitig
212 aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an
213 europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner
214 in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

215 **Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen**

216 Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und
217 Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb
218 Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische
219 Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

220 Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln

221 Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische
222 Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale
223 Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale
224 Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in
225 europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine
226 gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz,
227 Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker
228 verzahnt.

229 Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der 230 EU festigen

231 Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie
232 Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer
233 Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation
234 durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen
235 European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher
236 Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz,
237 Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende
238 Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

239 Die Ukraine weiter unterstützen

240 Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist
241 durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen.
242 Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische
243 Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen
244 Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen
245 Militärtechnologien zu nutzen.

246 3.2. Langfristige Maßnahmen

247 Einen österreichischen Beitrag zur Europäischen Strategischen Autonomie 248 entwickeln

249 Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen,
250 Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und
251 sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

252 Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken

253 Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind
254 gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere
255 Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer
256 Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine

257 technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

258 **Die Europäische Verteidigungsunion nach Artikel 42 Absatz 2 EUV vollenden**

259 Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der
260 europäischen Integration über die Grenzen der EU hinaus zu unterstützen.
261 Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren.
262 Allfällige Bündnisentscheidungen dürfen keinesfalls über die Köpfe der
263 Bürger:innen hinweg fallen. Sicherheitspolitik gewinnt nur Bestand, wenn sie
264 erklärt und getragen wird.

265 **Zwischenschritt bis zur Europäischen Verteidigungsunion**

266 23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten gehören der NATO an. Diese 23 Staaten tragen
267 aktuell die Hauptlast der konventionellen Sicherheits- und Verteidigungsleistung
268 Europas und bestimmen daher maßgeblich deren aktuelle Verteidigungspolitik. Auf
269 absehbare Zeit muss Österreich so eng und so pragmatisch wie möglich mit seinen
270 NATO-Nachbarn zusammenarbeiten und seine verteidigungspolitische Planung ohne
271 Vorbehalte auf diese aktuelle konventionelle Verteidigungsstruktur in Europa
272 ausrichten. Die europäische Verteidigungsunion bleibt das langfristige Ziel. Sie
273 ersetzt den europäischen Pfeiler der NATO auf absehbare Zeit allerdings nicht.

274 **Eine eigenständige EU-Armee aufbauen**

275 Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu
276 permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit
277 gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung
278 und Budget. Als logische Konsequenz des NEOS-Ziels der Vereinigten Staaten von
279 Europa entsteht hieraus die Basis für eine eigenständige EU-Armee. Diese beruht
280 auf Freiwilligkeit. Parallel dazu werden für regionale Sicherungsaufgaben – vor
281 allem zur Abwehr hybrider Angriffe – weiterhin nationale militärische und zivile
282 Sicherheitskräfte notwendig sein. Damit die Europäische Union eigenständig die
283 Sicherheit ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten –
284 darunter selbstverständlich auch Österreich – die erforderlichen politischen und
285 rechtlichen Schritte zur gemeinsamen Integration der militärischen Kapazitäten
286 und darüber hinaus zum Aufbau einer EU-Armee setzen.

287 **4. Schlussbemerkung**

288 Dieses Programm definiert die grundsätzlichen Positionen zu Österreichs
289 Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offen für Weiterentwicklungen.
290 Nicht zuletzt, weil der Abschluss der neuen Österreichischen
291 Sicherheitsstrategie (ÖSS) erst bevorsteht und eine neue Europäische
292 Sicherheitsstrategie (ESS) der Europäischen Union angekündigt ist. Die
293 geopolitische Lage ändert sich rasch. Das schließt jeden Dogmatismus aus.